

WALTER MÜHLHAUSEN, Hessen in der Weimarer Republik. Politische Geschichte 1918–1933

Waldemar Kramer | Wiesbaden 2021 | 279 Seiten, gebunden | 20,00 € | ISBN 978-3-7374-0490-7

Bereits im Rahmen seiner Dissertation hat Walter Mühlhausen eine Gesamtdarstellung der politischen Geschichte Hessens in den Jahren 1945–1950 erarbeitet. Nunmehr legt er einen ebenso fundierten Überblick zur Geschichte Hessens in der Weimarer Republik vor. Das heutige Bundesland Hessen bildete damals kein einheitliches Gebilde, sondern unterteilte sich in den Volksstaat Hessen, der 1918 an die Stelle des Großherzogtums Hessen-Darmstadt getreten war. Das ehemalige Herzogtum Nassau, das frühere Kurfürstentum Hessen und die ehemalige Freie Stadt Frankfurt bildeten seit 1866 die preußische Provinz Kurhessen-Nassau, außerdem gehörte der Kreis Wetzlar bis 1932 zur preußischen Rheinprovinz. Das vormalige Fürstentum Waldeck stand bereits seit längerem unter preußischer Verwaltung und wurde 1929 ebenfalls Teil der Provinz Kurhessen-Nassau.

In allen Teilen Hessens verlief der Umbruch von 1918/1919 weitgehend ohne Blutvergießen und somit ruhiger als auf Reichsebene. Anschaulich arbeitet Mühlhausen heraus, dass im Volksstaat Hessen eine Räterepublik niemals ein Thema war. Vielmehr kam es in Darmstadt wie auch in den Nachbarländern Baden und Württemberg schon im November 1918 faktisch zur Bildung einer Koalitionsregierung aus Sozialdemokratie, Zentrum und Linksliberalen. Diese Regierung hat, wie Mühlhausen betont, große Verdienste erbracht. In der schwierigen Umbruchphase am Ende des Ersten Weltkriegs gelang es, die Demobilisation des Heeres zu meistern, die Soldaten wieder in den Arbeitsprozess zu integrieren, die Wirtschaft auf Friedensproduktion umzustellen und eine drohende Hungerkatastrophe zu vermeiden.

Politisch standen der Volksstaat Hessen wie auch Preußen für Stabilität. In beiden Ländern regierte langfristig eine Weimarer Koalition, in Preußen zeitweilig eine große Koalition, beide Regierungen verfügten dabei bis 1931/1932 über stabile parlamentarische Mehrheiten. Auch hier vergleicht Mühlhausen die Situation mit der in anderen Ländern. So wurde beispielsweise in Darmstadt nie wie in Thüringen oder Sachsen eine Volksfrontregierung gebildet, noch kam es wie in Thüringen vor 1933 zur Einbeziehung der Nationalsozialisten in die Regierung.

Gemeinsam hatten die Gebiete des heutigen Hessen jedoch nicht nur eine gewisse politische Stabilität, sondern auch die Last der Besatzung. So war das linksrheinische Gebiet des Volksstaats Hessen vollständig von französischen Truppen besetzt. Außerdem hatten die Franzosen um Koblenz und Mainz herum Brückenköpfe mit einem Radius von 30 km gebildet. Natürlich bildete die Besatzung eine schwere Belastung für die junge Demokratie. Eingehend schildert Mühlhausen die Auseinandersetzung mit der Besatzungsmacht und damit verbunden die wiederholten Ausweisungen deutscher Politiker aus dem besetzten Gebiet wie auch die katastrophalen Folgen für Wirtschaft und Finanzen.

Trotz dieser Hypothek war, so Mühlhausen, die Weimarer Republik »keine ›Republik ohne Republikaner« (S. 3). In diesem Sinne weist er darauf hin, dass sich zum Beispiel im Mai 1923 mehrere zehntausend Menschen auf dem Frankfurter Römerberg einfanden, um der 75. Wiederkehr der Zusammenkunft der Paulskirche zu gedenken. Auch stellt Mühlhausen einzelne Persönlichkeiten vor, die sich für Demokratie und soziale Reformen eingesetzt haben. Zu diesen gehörte der Wetzlarer Unternehmer Ernst Leitz II. (Leica). Er setzte das soziale Engagement seines Vaters fort, beginnend ab 1885 hatte der Betrieb ein umfassendes Sozialversicherungswesen für seine Arbeitnehmer geschaffen,

schon 1906 kam es zur Einführung des Achtsturentags. Während der Weimarer Zeit war Leitz für die DDP Mitglied in Kreis- und Gemeindevertretungen, genauso wie er das örtliche Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Wetzlar unterstützte. Unterstützung erhielten von ihm ebenfalls in der NS-Zeit auch Verfolgte des Regimes, jedoch hat auch er während des Zweiten Weltkriegs Zwangsarbeiter beschäftigt.

Den mutigen Vorkämpfern für die Demokratie standen jedoch auch nationalkonservative Gegner gegenüber. Diese fanden sich unter anderem an den Universitäten, in der Verwaltung, aber auch in der Industrie, wo Ernst Leitz II. eher eine Ausnahme bildete. Genauso stand die protestantische Kirche der Demokratie in großen Teilen ablehnend gegenüber. Mühlhausen verweist hier auf den hessischen Kirchenpräsidenten Wilhelm Diehl, der zugleich als Mitglied der DNVP dem Darmstädter Landtag angehörte und für den »der 9. November 1918 das größte ›Verbrechen, das jemals am Deutschen Volke vollbracht worden sei« (S. 137f.), darstellte. Damit verweist Mühlhausen auf eines der gängigsten Argumentationsmuster der antidemokratischen Rechten: die so genannte Dolchstoßlüge, gemäß der das kaiserliche Heer im Felde unbesiegt gewesen sei und es nur durch die Revolution zur Niederlage im Krieg gekommen sei, wobei vor allem Sozialdemokraten, Juden und Katholiken zu Schuldigen gestempelt wurden.

Angesichts der unverdauten Niederlage hatte die Dolchstoßlüge Konjunktur, vor allem als 1925 mit Paul von Hindenburg ein Mann Reichspräsident wurde, der diese wesentlich geprägt hatte. Gleichwohl wählten in der Mitte der 1920er-Jahre, einer Phase relativer Stabilität, die Menschen im Gebiet des heutigen Bundeslands Hessen noch mit deutlicher Mehrheit die Parteien der Weimarer Koalition. Erst im Gefolge der Weltwirtschaftskrise kam es zum Aufstieg der NSDAP. Immerhin waren am Beginn der 1930er-Jahre Landesregierungen der Weimarer Koalition in Berlin wie auch in Darmstadt weiterhin geschäftsführend im Amt. Denn die Nationalsozialisten hatten zwar massive Stimmengewinne verbuchen können, jedoch die absolute Mehrheit verfehlt, sodass sie keine neue Staatsregierung wählen konnte. Auch die geschäftsführenden Landesregierungen »bekämpften aktiv Bestrebungen der Antidemokraten, verboten deren Versammlungen, Organisationen und Publikationsorgane« (S. 225). Die endgültige Zerstörung der Demokratie auch in den Ländern erfolgte schließlich von Gegnern der Weimarer Demokratie auf Reichsebene: Durch den Preußenschlag Franz von Papens wurde nicht nur die Weimarer Koalition in Preußen entmacht, auch in der Verwaltung der Provinz Kurhessen-Nassau wurden engagierte Demokraten entlassen. Zugleich schuf der Preußenschlag das Vorbild für das Vorgehen der Nationalsozialisten gegen die demokratischen Landesregierungen im Frühjahr 1933.

Auf symbolischer Ebene zerstörten die Nationalsozialisten die Demokratie unter anderem dadurch, indem sie noch 1933 ein seit 1926 bestehendes Denkmal von Reichspräsident Friedrich Ebert an der Paulskirche entfernten. Ein neues Denkmal für Ebert wurde 1950 in Anwesenheit des zweiten hessischen Ministerpräsidenten der Nachkriegszeit, Christian Stock, wieder aufgestellt. Der Sozialdemokrat Stock hatte bereits in der Weimarer Zeit der Nationalversammlung angehört. Er hatte somit »in der ersten Republik zu den Verteidigern der Demokratie gehört« (S. 229), die sich nach »der Erfahrung vom Scheitern der ersten Republik« erfolgreich dafür eingesetzt haben, »die zweite (Republik) wehrhafter, krisenfester (zu) machen« (ebd.).

Mühlhausen legt eine überaus kompetent und zugleich leicht verständlich geschriebene politische Geschichte Hessens während der Weimarer Zeit vor, wobei er jedoch auch auf kulturhistorische Aspekte wie die Rolle der Frau eingeht und ebenfalls nicht vergisst, auch immer wieder einen Blick auf die Entwicklung in einzelnen Kommunen zu werfen.

MICHAEL KITZING, Singen am Hohentwiel

## Zitierempfehlung

Michael Kitzing: Rezension von: Walter Mühlhausen, Hessen in der Weimarer Republik. Politische Geschichte 1918–1933, Waldemar Kramer, Wiesbaden 2021, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 62, 2022, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81943>> [5.4.2022].